

STAATSARCHIV HAMBURG

314 -15 Oberfinanzpräsident
Abl. 1998

B 648 (B 530)

B 648
(B 530)

1) Brauer, Horst

geb. 1.4.1897 in Loebau, Sachsen

X

Brauer, Ruth geb. Frost

geb.: 13.8.1900 in Kroschitz, Posen

jetzt: B 695

früher: Dresden

jetzt: Santiago de Chile, Casilla 9075

K

B 648

(B 530)

Oberfinanzdirektion Hamburg

Brauer, Kurt, Friedrich Dresden
(Name, Vorname des Berechtigten)

Aktenzeichen: *05608 - B 648 - BV 25/257*

Ref. Nr. 7950

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	DM	DM	Name des Feststellers	Bl. der Akte
1	2	3	4	5	6
I. 1	Rückerstattungsanspruch gem. Bescheid v. <i>15. Juni 1959</i> nach § 38 BRüG	<i>9.000,-</i>	—	<i>Jank, 10.11.60</i>	Bl. Nr. <i>9 H.</i> d. BeschAkte
2	—	—	—	—	Bl. Nr. — d. BeschAkte
3	—	—	—	—	Bl. Nr. — d. BeschAkte
4	—	—	—	—	Bl. Nr. — d. BeschAkte
II.	Gewährte Darlehen, Vorschüsse, Zahlungen gemäß § 32 BRüG:				
1	<i>Befüllungsantrag</i> mit Auszahlungsanordnung vom <i>6. Juni 1959</i>	—	<i>9.000,-</i>	<i>Jank, 10.11.60</i>	Bl. Nr. <i>17</i> d. <i>Besch.</i> Akte
2	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte
3	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte
4	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte
5	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte
6	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte
7	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte
8	mit Auszahlungsanordnung vom	—	—	—	Bl. Nr. — d. Akte

Bemerkung

Leh.: Kienlefortbildungspreis Hoesl Brauerei

Lehlo: 2.680.70 ✓
55.00 ✓
113.00 ✓

2.848.70

2 fang 5.697.40

aufgezinst bei 6.000. -

Heinrich
19. XI. 1917

B 648
(3530)

Akten

betreffend:

Brauer, Horst

geb.: 1.4.1897

Unterakte 1

Neuanmeldung

Aktenzeichen:

Z 20 157-1-

1 W/K 31/60

Nummerverzeichnis

Silbersachen

att zu B 648

Brauer, Horst

geb. 1.4.

ungsansprüche: (Zutreffendes unterstreichen)
ngen

Hypothek(en)-Zinsen-Forderungen

Bekleidung, Wäsche

Bücher

Reichsfluchtsteuer

Abgaben an RVdJ

rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.:

tellungs-oder Leistungsbeschlüsse:

Pfändungen:

Zessionen:

Blatt:

Abtretungen an

Land gem. §§ 60

bzw. 130 des BEG

Blatt:

erst
anti

10/11

Vorblatt zu B 648

A. Geschädigte(r)
(lt. Beschluss)

Prauer, Horst

B. Berechtigte(r)
(lt. Beschluss)

wie A

C. Antragsgegner: D.R.

D. Erhobene Rückerstattungsansprüche (Zutreffendes unterstreichen)

Grundstück(e)-Nutzungen

Bankguthaben

Hypothek(en)-Zinsen-Forderungen

Wertpapiere

Mobilien und Hausrat

Bekleidung, Wäsche

Kunstgegenstände

Bücher

Gold, Silber, Schmuck

Judenvermögensabgabe

Reichsfluchtsteuer

Transfer

Abgaben an RVdJ

Andere Abgaben (

Sonstige Ansprüche (

E. Antrag

zurückgenommen (Bl.:) rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.:

10/11

F. Rechtskräftige Feststellungs-oder Leistungsbeschlüsse:

Pfändungen:

Abtretungen an

Zessionen:

Land gem. §§ 60

bzw. 130 des BEG

WgA vom 195 Bl.:

Blatt:

Blatt:

WgK " *30.12.1954* Bl. *225 f.*

"

"

OLG " 195 Bl.:

"

"

ORG " 195 Bl.:

"

"

G. Vergleich vom

Anmeldung

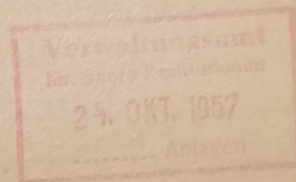
von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich und gleichgestellte Rechtsträger*)

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter
Rechtsträger

(Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG -)

vom 19. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 734)



A. Personalangaben

1. Personalangaben des Antragstellers

a) Familienname

(bei Frauen auch Geburtsname)

Brauer

b) Vorname

Horst

c) jetzt wohnhaft

Santiago de Chile, Casilla 9075

d) Geburtsdatum und Ort

1./4. 1897 Loebau in Sachsen

e) Staatsangehörigkeit

Chileno

f) Beruf

Kaufmann

g) Wohnort (ständiger Aufenthalt)

Santiago de Chile

im Zeitpunkt der Entziehung

h) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Antragstellers im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945

i) Wohnsitz im Jahre 1948

Santiago de Chile

k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dgl.)

*) Nach § 1 BRÜG findet das Gesetz Anwendung auf rückstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren.

1) Verfahrensbevollmächtigter:

Dr. jur. Kurt Vermehren, Hamburg 36
Neuer Wall 38 II

Vermerk: Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, ist Bestellung eines Verfahrensbevollmächtigten (hierunter ist nicht notwendig ein Anwalt, sondern lediglich eine prozeßfähige Person zu verstehen) wünschenswert der vor den Wiedergutmachungsbehörden verbindliche Erklärungen abgeben bzw. Vergleichsverhandlungen führen kann.

2. Personalangaben des Geschädigten

(nur auszufüllen, wenn Antragsteller nicht personengleich mit dem Geschädigten ist)

a) Familienname

(bei Frauen auch Geburtsname)

b) Vorname

c) zuletzt wohnhaft

d) Geburtsdatum und Ort

e) Sterbedatum und Ort

f) Staatsangehörigkeit

g) Beruf

h) Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller

i) Miterben (Name und Anschrift)

k) Wohnort (ständiger Aufenthalt) im Zeitpunkt der Entziehung

l) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Geschädigten oder eines Miterben im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945

m) Wohnsitz im Jahre 1948

B. Beschreibung der vom Deutschen Reich oder gleichgestellten Rechtsträger entzogenen feststellbaren Vermögensgegenstände

(Falls der Platz nicht ausreicht, sind Anlagen zu verwenden)

1. Bankguthaben

a) Art des Kontos (Sparguthaben oder laufendes Konto)

b) Anschrift der Bank und der Depositenkasse

c) letzter Saldo?

d) Ist Kontoauszug vorhanden?

2. Wertpapiere
a) Angabe der Wertpapiere

b) Angabe der Bank und der
c) ob

I) eine Entgelt eingezogen

II) Zwangsablieferung

III) wenn II, welche Zahlung

IV) an welcher Stelle abgeliefert

was ist die Ablieferung

V) bei Reichsschatzamtweisungen

Weggetauscht gegen welch

d) Ist Kontoauszug vorhanden

3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

a) abgelieferte Gegenstände:

b) Ablieferung an Pfandleihanstalt

Stadt/Adresse angeben

c) ob

I) eine Entgelt eingezogen?

II) Zwangsablieferung?

In Ablieferungsquittung vorha

III) wenn II, welche Zahlung?

4. Pelzwaren, Radio und sonstige elek

a) Was ist abgeliefert? (Wertangaben)

b) Ablieferung an

5. Hausrat

a) Bezeichnung der Gegenstände

b) Ortsangabe

c) Liste

a) Inhalt des Listes

Original-Liste
Name und Anschrift des Spender
Dresdener
Freihafen, wo

2. Wertpapiere

- a) Angabe der Wertpapiere
- b) Angabe der Bank und der Depositenkasse
- c) ob
- I) ohne Entgelt eingezogen
- II) Zwangsablieferung
- III) wenn II), welche Zahlung
- IV) an welcher Stelle abgeliefert
- wofür ist die Ablieferung erfolgt
- V) bei Reichsschatzanweisungen:
- zwangsgetauscht gegen welche Wertpapiere
- d) Ist Depotauszug vorhanden

3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

- a) abgelieferte Gegenstände:

Für 12 Personen: Große Essbestecke; Dessert-Bestecke
Kuchengabeln; Küchenmesser; Suppenloeffel;
Dessert-Loeffel; Kaffee-Loeffel; Fischbestecke; ca
132 Teile und ausserdem Vorlegegegenstände wie
Suppenkelle etc. Silbetschaelchen und-Platten, Ziga-
retten-Etui- alles in massiv 800 Silber schwere
Qualitaet.

- b) Ablieferung an Pfandleihanstalt:
- Stadt/Adresse angeben

Dresden - N
Hauptstrasse.

- c) ob

- I) ohne Entgelt eingezogen?

nein

- II) Zwangsablieferung?

ja

- Ist Ablieferungsquittung vorhanden?

- III) wenn II), welche Zahlung?

nein, musste bei meinem Bevollmaechtigten
Dr. Rich Elb verbleiben
wurde na ch Gewicht des Altmotalls bezahlt
Betrag ist mir nicht mehr gegenwaertig.

4. Pelzwaren, Radio und sonstige elektrische oder optische Geräte

- a) Was ist abgeliefert? (Wertangabe erforderlich)

- b) Ablieferung an

5. Hausrat

- a) Bezeichnung der Gegenstände

- b) Ortsangabe

6. Lifte

9 Kisten

- a) Inhalt des Liftes

Moebel, Tapiche, Bilder, Kunstgegenstaende, Hausrat,
Kuechengerate, Kleidung Waesche etc.
Original-Listen und Rechnungen, Ausfuhrerlaebnis befinden sich
bereits bei den Akten.

- b) Name und Anschrift des Spediteurs oder Lagerhalters

Dresdner Fuhrwesen versandte obige 9 Kisten nach Hamburg in den
Freihafen, wo dieselben versteigert wurden.

7. Sonstige entzogene Vermögensgegenstände, z. B. Hypotheken, Versicherungsansprüche, Kraftfahrzeuge

a) Art des Vermögens

b) Ablieferung an

c) ob

I) ohne Entgelt eingezogen?

II) Zwangsabgabe?

III) Wenn II, welche Zahlung?

C. Sonstige rückerstattungsrechtliche Geldansprüche nach dem BRÜG, soweit sie nicht aus der Entziehung der unter B genannten Vermögensgegenstände herrühren.

**7 Koffer mit Umzugsgut, wie Moebel, Kleidung, Wäsche, Hausrat etc.
in Verlust geraten beim Brande des Dampfers Orazio im Februar 1940**

D. Darstellung der Entziehungsvorgänge

1. Zeitpunkt der Entziehung

1941

2. Belegenheit des entzogenen Vermögensgegenstandes im Zeitpunkt der Entziehung

**Im Hamburger Freihafen versteigert, Ausfuhrlisten befinden sich
bei den Akten**

Waren die entzogenen Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung außerhalb des Bundesgebiets oder Berlin (West) belegen und sind sie nach der Entziehung in diese Gebiete gelangt, so ist anzugeben, welche Beweismittel für die Verbringung in das Bundesgebiet oder nach Berlin vorliegen.

3. Durch welche der in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger ist die Entziehung erfolgt?

E. 1. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Rückerstattungsansprüche angemeldet worden? Wenn ja, Angabe der Anmeldestelle und des Aktenzeichens.

2. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden? Wenn ja, Angabe des Entschädigungsamts und des Aktenzeichens.

Vorhandene Unterlagen – Listen, Versteigerungsprotokolle, Bescheinigungen der Pfandleihanstalt usw. – sind beizufügen, zweckmäßig nicht im Original, sondern in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie.

Ich versichere die obige Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben zu haben.

Unterschrift: _____

Ort: _____

Santiago de Chile

Datum: _____

14. Oktober 1957

OFK Hamburg
B 648 - BV 32/322

Hamburg, 27. November 1957 4

1) Beer, Ernst

Widrigkeitsverfügung aus Berlin
Landgericht Hamburg
Parade 36

Disziplinargeld

Geschrieben 26.11.57/4
Gelesen
Abgeurteilt 28. Nov. 1957

St. H.

In der Kinderfortbildungsaufsicht

Z 20 157 - 1

Horst Brauer

(Bt. Vernehmung)

1. Sachverständiger Rat
(OFK Hamburg)

Wird diese Kinderfortbildungsaufsicht wegen unbefugener Fortbildungsaufsicht widerrufen.

Daß diese eigene Vernehmung der Beauftragten in der
bevorstehenden Fortbildung in Dresden, selbst aufgestellt
der fortbildungsbefugnis des Bt. Rat, aufgelegt, wobei auf dieser
Befugnis werden die Befugnisse des KEG nach der Bt. Rat
für die Fortbildung.

Der Befugnis ist selbst für die Fortbildung.

2) Zgl. f. 3 Befugnisse des Aufseherprotokolls f. 1627
h. 1627 1628 in 1637 (Z 1/5 Lk) und f. 1637 für die
Bt. Rat für 3) bis

3) Befugnis wie 1.)

beurteilt

In der Kinderfortbildungsaufsicht

Z 20 157 - 2 -

Horst Brauer

(Bt. Vernehmung)

1. Sachverständiger Rat
(OFK Hamburg)

Wird diese Kinderfortbildungsaufsicht wegen unbefugener
Fortbildungsaufsicht widerrufen.

Befugnisse der nach oben genannten Befugnisseprotokolle
der Befugnisse selbst f. 1637 sind bezeugt.

St. H.

Da hinsichtlich der Höhe der Beibehaltungsfähigkeit
 die Sache verglichen wurde mit einem anderen Vorgang
 in Höhe von DM 6.000. - (persönliche Sache)
 in der Höhe der Erfüllung der Aufgabe ist es nun
 das Bedürfnis der Beibehaltungsfähigkeit.

Sollte der Beibehaltungsfähigkeit mit der angegebenen Be-
 haltung nicht zu entsprechen sein, wird beantragt,
 die Sache für Beibehaltungsfähigkeit von der Beibehaltungsfähigkeit
 mangels Beibehaltungsfähigkeit zu verwerfen.

4.) Beifügt wie zu 1.)

In der Kinstatfortführung
 20 157 - 3 -

Horst Fraiser
 (Dr. Kerschner)

1. Beifügt wie zu 1.)
 (OFB Heubach)

26.11.57
 28. Nov. 1957
 327

und dass Kinstatfortführung beifügt der ange-
 lieh beim Land des Dampfes 'Oxazid' in der
 fortgeführten Beibehaltungsfähigkeit, da in der
 fortgeführten Beibehaltungsfähigkeit der Beibehaltungsfähigkeit
 abgefragt sind.

5.) jhr.

Fb.

(Forent)
 Olt

19
 11.17

DR. JUR. KURT VERMEHREN
RECHTSANWALT

TEL.-ADR.: STANDPUNKT HAMBURG
POSTSHECK: HAMBURG NR. 41 465
BANK: VEREINSBANK IN HAMBURG

(24a) HAMBURG 36, NEUER WALL 38, II.
FERNSPRECHER: 34 07 48

am 3. Januar 1958

An das

Landgericht
-Wiedergutmachungskammer-

Hamburg

In der Rückerstattungssache

Horst Brauer gegen Deutsches Reich

- Z 20 157 - 1 -

offenbar Dresden
2 trage ich namens des Antragstellers vor, dass dem Antragsteller auferlegt worden war, vor der Auswanderung das gesamte Silbergerät als Sonderabgabe abzuliefern. Es handelt sich hierbei um einen kompletten Silberkasten für 12 Personen nebst Platten und Schalen, sowie anderen Zubehörteilen aus Silber. Der Wiederbeschaffungswert würde etwa pesos schil. 300.000 = rund DM 16.000,-- betragen.

Der Verbleib des Silbergeräts ist dem Antragsteller unbekannt. Der Antragsteller ist vorläufig nicht in der Lage, den Nachweis zu erbringen, dass das Silbergerät in den Bereich der jetzigen Bundesrepublik oder der Stadt Groß-Berlin gelangt ist. Im Hinblick darauf ist der Antragsteller mit vorläufigem Ruhen des Verfahrens einverstanden.

gez.: Vermehren Dr.
Rechtsanwalt

Für richtige Abschrift

U/Hae.



Quitt. ab 23.2.60



HK 31/60
D 157-1-

Landgericht Hamburg

19. FEB. 1960

Beschluß

In der Rückerstattungssache

des Herrn Horst B r a u e r,
Santiago de Chile,

Antragstellers,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt
Dr. Kurt Vermehren, Hamburg 36,

geg en

das D e u t s c h e R e i c h,
gesetzlich vertreten durch den Bundesmi-
nister für Finanzen, Verfahrensvertreterin
Oberfinanzdirektion, Hamburg,

- B 648 - BV 32/322 -

Antragsgegner,

hat die 1. Wiedergutmachungskammer des Landge-
richts in Hamburg nach mündlicher Verhandlung
der Parteien am 11. Februar 1960 durch folgen-
de Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Bergmann,
- 2.) Landgerichtsrat Molsberger,
- 3.) Assessor Schmidt

am 15. Februar 1960 beschlossen:

Rechtskraft - Bl 13

./Ig.

1. Der Rückerstattungsanspruch des Antragstellers wird abgewiesen.

2. Die Entscheidung ergeht gerichtskostenfrei. Aussergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

G r ü n d e

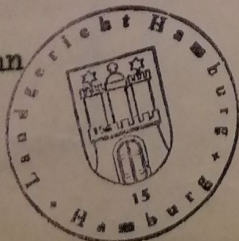
Der Antragsteller trägt vor, er habe die in der Anmeldung vom 14. Oktober 1957 (Bl. 4 der Leitakte) näher bezeichneten Silbersachen bei der Pfandleihanstalt in Dresden-N., Hauptstrasse, abliefern müssen.

Der Antragsgegner hat dem Rückerstattungsanspruch widersprochen. Die Kammer hat am 11. Februar 1960 über den Anspruch mündlich verhandelt.

Der Rückerstattungsanspruch war abzuweisen, da die Entziehung der Silbersachen nach den eigenen Angaben des Antragstellers in Dresden und somit nicht im Geltungsbereich des Bundesrückerstattungsgesetzes erfolgt ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 REG. Die Voraussetzungen für eine Kostenandordnung gemäss § 7 S. 1 der 2. AVO zum REG liegen nach Auffassung der Kammer nicht vor.

Bergmann



Molsberger

Für richtige Ausfertigung:

Lampert Justizangestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Schmidt

B 648
(B 530)

Akten

betreffend:

Brauer, Horst

geb.: 1.4.1897

Unterakte 2/ Neuanmeldung

Aktenzeichen:

Z 20 157 - 2 -

~~WIK 18/58~~ ~~KIK 17/58~~

Nummerverzeichnis

Unzugänglich

tt zu B 648

Brauer, Horst

wie W

ungsansprüche: (Zutreffendes unterstreichen)
gen

Hypothek(en)-Zinsen-Forderungen

Bekleidung, Wäsche

Bücher

Reichsfluchtsteuer

Abgaben an RVdJ

Unzugänglich

rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.:

tellungs-oder Leistungsbeschlüsse:

Pfändungen:

Zessionen

Blatt:

Abtretungen an

Land gem. §§ 60

bzw. 130 des BEG

Blatt:

235

"

"

"

"

"

"

A. Geschädigte(r)
(lt. Beschluss)

Präuer, Horst

B. Berechtigte(r)
(lt. Beschluss)

Wid W

C. Antragsgegner: D.R.

D. Erhobene Rückerstattungsansprüche (Zutreffendes unterstreichen)

Grundstück(e)-Nutzungen

Bankguthaben

Hypothek(en)-Zinsen-Forderungen

Wertpapiere

~~Mobiliar und Hausgut~~

Bekleidung, Wäsche

~~Kunstgegenstände~~

Bücher

Gold, Silber, Schmuck

Judenvermögensabgabe

Reichsfluchtsteuer

Transfer

Abgaben an RVdJ

Andere Abgaben (

Sonstige Ansprüche (*im zupfüll*)

E. Antrag

zurückgenommen (Bl.:

rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.:

F. Rechtskräftige Feststellungs-oder Leistungsbeschlüsse:

			<u>Pfändungen:</u>	<u>Abtretungen an</u>
			<u>Sessionen</u>	<u>Land gem. §§ 60</u>
				<u>bzw. 130 des BEG</u>
WGA vom	195	Bl.:	Blatt:	Blatt:
WgK	" 30.12.1958	Bl. 23r	"	"
OLG	" 195	Bl.:	"	"
ORG	" 195	Bl.:	"	"

G. Vergleich vom

206

OFD Hamburg
- B 648 - BV 32/322 -
UA 2

Hamburg, den 5. Febr. 1958
Kl/Ko.

Vfg.

1. V e r m e r k

Betr.: Rückerstattungssache Horst B r a u e r

Der Antragsteller hat mit Schriftsatz vom 3.1.1958 einen Schadensersatzbetrag in Höhe von DM 40.000,- für sein Umzugsgut gefordert. Er hat an Hand des Versteigerungsprotokolls die nach seiner Ansicht infrage kommenden RM-Entziehungswerte bei den einzelnen Positionen eingesetzt. Diese sind ausnahmslos überhöht.

Z.B.:	Seife	50,--	RM
	2 Kleiderschränke	800,--	"
	1 Rauchtisch	500,--	"
	1 Wäschestampfer, Besen, Bohnerbesen	200,--	RM
	1 Wäschetrockner, Geschirrschrank	250,--	"
	1 Kombischrank, 1 rd. Tisch, 6 Stühle	600,--	" (7.800,- RM)
	Div. Bestecke ohne nähere Angaben	330,--	"
	etc.		

Es erscheint nicht notwendig, die vom Antragsteller eingesetzten RM-Werte im einzelnen festzuhalten. Die Liste kann zurückgegeben werden.

2. An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

H a m b u r g 36

Sievekingplatz (mit zwei begl. Durchschriften)

Anl.: -1-

In der Rückerstattungssache

- Z 20 157 -2-

Az. der WiK ist noch nicht bekannt

Horst B r a u e r
(RA Dr. K. Vermehren)

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

wird

Geschrieben	7.2.58
Gelesen	11/58
Abgesandt	8. FEB. 1958

3x m. Leht

Wird die vom Antragsteller mit Schriftsatz vom 3.1.1958 eingereichte Liste ^{mit Wertangaben} der versteigerten Gegenstände in der Anlage zurückgegeben.

Die vom Antragsteller eingesetzten Entziehungswerte scheinen ^{übertrieben} ~~ausnahmslos~~ überhöht zu sein und stellen keine geeignete Grundlage für die Schätzung des Wiederbeschaffungswertes durch einen Sachverständigen dar.

Es wird angeregt, zunächst festzustellen, ob und in welcher Höhe der Antragsteller für die Ausfuhr von Umzugsgut Degoabgabe entrichtet hat.

3. Z.d.A.

Im Auftrag

Sti.
Sti.
(Friedert)

Oberregierungsrat

Ki. Com.

Sti.
Sti.

DR. JUR. KURT VERMEHREN
RECHTSANWALT

TEL-ADR.: STANDPUNKT HAMBURG
POSTSHECK: HAMBURG NR. 41 465
BANK: VEREINSBANK IN HAMBURG

Beglaubigte Abschrift

(24a) HAMBURG 36, NEUER WALL 38, II.
FERNSPRECHER: 34 07 48

am 24. Februar 1958

An das Az.: B 648 - BV 32/322 -

Landgericht
-Wiedergutmachungskammer-

Hamburg



In Sachen

Brauer gegen Deutsches Reich

- Z 20 157 - 2 -

nehme ich in Erfüllung der Auflage vom 25. Januar und zu dem Schreiben des Antragsgegners vom 5. Februar wie folgt Stellung:

fehlt Abschrift aufordern

Ich überreiche in der Anlage eine legalisierte eidesstattliche Erklärung des Zeugen Kurt Kornblum über den Umfang und die Ausstattung der Wohnung des Antragstellers. Ich überreiche ferner eine Fotografie nebst eidesstattlicher Erklärung des Antragstellers vom 10. Februar, aus der sich die Beschaffenheit und der Wert eines Teiles des Haushalts entnehmen lässt. Wie sich aus der Fotografie ergibt, handelt es sich bei der Wohnung des Antragstellers um eine solche mit moderner Einrichtung. Zufällig sind gerade die beiden in der Bestätigungsliste aufgeführten Gelfechtstühle zu sehen, für die RM 17,-- erlöst worden sind. Ein derartiger Wert steht augenfällig in keinerlei Verhältnis zu dem wirklichen Wert der Stühle. Wenn der Schrank mit Tisch und 6 Stühlen, welcher auf dem Bild abgebildet wurde, nur einen Erlös von RM 525,-- gebracht haben soll, so ist auch dieses ein Betrag, der in keinem Verhältnis zu dem Wert der Möbel steht.

Der Antragsteller ist bemüht, so bald wie möglich noch weitere eidesstattliche Erklärungen von Zeugen zu beschaffen. Möglicherweise wird jedoch schon aufgrund der jetzigen Unterlagen die Antragsgegnerin bereit und in der Lage sein, einen Vergleich anzubieten, welchen der Antragsteller akzeptieren kann, ohne dass eine weitere Beweisaufnahme erforderlich wird.

gez.: Vermehren Dr.

gez.: Rechtsanwalt

U/Hae.

Für richtige Abschrift

2. Ausfertigung

2096-f

An das
Landgericht
Wiedergutmachungskammer

H a m b u r g 36
Sievekingplatz,
Ziviljustizgebäude

In Erledigung Ihres Schreibens vom 12.2.1958

Nach den uns vorliegenden Unterlagen sind für

Herrn/~~Frau/Fräulein~~ Horst Brauer

früher in Dresden A 1, Lindengasse 9

am 28.8.1939

RM 140,-- v. Allg. Dt. Cred. Anstalt,
Dresden

in Worten: Reichsmark Hundertvierzig,--

am -----

RM -----

in Worten: Reichsmark -----

am -----

RM -----

in Worten: Reichsmark -----

am -----

RM -----

in Worten: Reichsmark -----

für Umzugsgut an die Deutsche Golddiskontbank, Berlin, für das Konto des Reichswirtschaftsministeriums überwiesen worden.
Dieses Schreiben dient zur Vorlage bei einem Wiedergutmachungsamt.

Berlin-Grunewald, den 20. Februar 1958
Hohenzollerndamm 122

DEUTSCHE GOLDDISKONTBANK
Treuhandverwaltung
gez. Unterschriften

Aktenmäßig festgestellt:

Langner Hoyer

A b s c h r i f t
= = = = =

Kurt Kornblum
Oficina Comercial
J. Ellauri 1066 AP. 6
Telef. 41 75 14
Montevideo

Hierdurch bestätige ich

Herrn Horst Brauer,
wohnhaft Santiago de Chile
Virrey No. 20

daß ich in all den vielen Jahren unseren gemeinsamen
Lebens in Dresden außerordentlich oft als Gast im Hause des
Herrn Brauer verkehrte. Ich bin dadurch in der Lage zu
erklären, daß Herr Horst Brauer eine vollständige und
wertvolle Einrichtung besaß, bestehend aus guten Möbeln,
reichlich Porzellan, Kristall und Silber sowie guten
wertvollen Teppichen und Bildern.

Ich versichere die Richtigkeit dieser meiner Angaben an
Eides statt und bin über die Bedeutung einer eidesstattlichen
Erklärung unterrichtet.

Montevideo, den 20. Januar 1958

gez. Kurt Kornblum

Vorstehende eigenhändige Unterschrift des
Kurt Kornblum
aus Montevideo
beglaubige ich hiermit auf Grund ihrer vor mir
erfolgten Vollziehung.
Montevideo, den 20. Jan. 1958

Siegel

gez. Strich
Konsulatssekretär
Amtsbezeichnung

In der Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
gemäß § 37 a Konsulargesetz
ermächtigt.

220

alten.

Wohlens ferner beim Arbeits des Offiz Oratio
unlone Wert: \$ 4768. -

5

7.

16/11/ - Buffing & waxing job

Rechnung: 27 Bl., 14 Ed. ist der Wert des in
Gumburg verloren gegangenen Kap.
gezählt mit \$ 6000,- Aufzudecken.

V: 3. d. G. (uA2) f. 21. 11.

A b s c h r i f t

Los Angeles 4, Calif.
218 So. Mariposa Ave.
August 1, 1958

Ich erkläre folgendes an Eides Statt:

Infolge meiner langjährigen Bekanntschaft mit Herrn Horst Brauer, Santiago de Chile Casilla 3548, früher Dresden A, Lindengasse 9, kannte ich dessen Wohnung und weiss, dass er moderne, wertvolle Möbel, echte Teppiche, Porzellan, Silbergegenstände und .Bestecks und gute Ölbilder besass.

Seine Wohnung war in bester Wohngegend Dresdens gelegen.

Friedel Lyons
gez. Friedel Lyons

(Beglaubigungsvermerk)

226

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

Wik 17/58
Z 20 157 -2-

Überwachungsamt
BV u. MA
Az.:
Reg.: - 3. DEZ. 1958
Sachgeb.: 41
- 4. DEZ. 1958
e s c h l u ß :
.....

3. J. G.

5. 12.

In der Rückerstattungssache
Horst Brauer,
Santiago de Chile,

Antragsteller,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt
Dr. Kurt Vermehren, Hamburg,
g e g e n

Deutsches Reich
- Oberfinanzdirektion -
- B 648 - BV 32/322 -

Antragsgegner,

hat das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer,
durch folgende Richter

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
- 2.) Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,
- 3.) Landgerichtsrat Dr. Millauer,

am 27. November 1958

beschlossen:

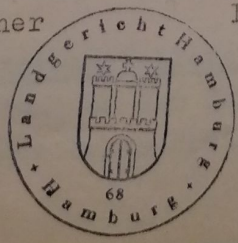
wird

Die Erhebung folgenden Beweises angeordnet:

Der Museumskustos Dr. Roskamp bei der Kunsthalle
in Hamburg soll ein schriftliches Gutachten über die Fra-
ge erstatten, welchen Wiederbeschaffungswert am gesetz-
lichen Stichtag des 1. April 1956 die in der Versteige-
rungsliste Bl. 5 der Akte genannten Bilder gehabt haben.
Zu den Angaben des Antragstellers über ihren Wert. beson-
ders auf Bl. 14 d.A., ist Stellung zu nehmen.

Dr. Roscher Dr. Warmbrunn Dr. Millauer

Für richtige Ausfertigung:



als Urkundsbeamter der Geschäftsstell.

Dr. Diedrich Roskamp,
Kustos der
Hamburger Kunsthalle.

Hamburg, den 10. Dezember 1958

Seite 2 zum Gutachten vom
10. Dezember 1958.



An das ist in diesen
Landgericht Hamburg,
Wiedergutmachungskammer,
Hamburg 36,
Sievekingplatz,
Ziviljustizgebäude.

350.---
gerechtfertigt zu sein.

Aktenzeichen: Wik 17/58.

Z 20 157 - 2 -

Betrifft: Rückerstattungssache Brauer gegen Deutsches Reich.

(Dr. D. Roskamp)

G u t a c h t e n

Zu den auf Blatt 5 bzw. auf Blatt 14 und 15 der Akte aufgeführten
Bilder ist folgendes zu sagen:

Maler des Namens Diamanb und Labordin habe ich in keinem ein-
schlägigen Künstlerlexikon feststellen können. Es muß sich also um
Werke kaum bekannter Künstler gehandelt haben.

Vielleicht aber liegen bei beiden Namen Schreibfehler vor. Statt
Diamanb ist vielleicht Diamant zu lesen. Ein kleinerer Maler Lazarus
Diamant lebte um 1930 in München.

Statt Labordin könnte vielleicht Laboschin zu lesen sein. Ein
Siegfried Laboschin (1868-1929) lebte früher in Breslau. Er malte
zunächst Innenräume mit Figuren, machte später vor allem Radierungen
und war seit 1907 Kunstreferent für die "Breslauer Zeitung".

Ob das "Seestück" von diesem Maler Diamant und ob die Zeichnung
"Holländische Bauernstube" von Laboschin stammt, bleibt zumindest
sehr zweifelhaft. Auch wenn die Werke von diesen Künstlern ge-
schaffen sein sollten, haben sie keinen besonderen Kunsthandelswert.

Bei den auf Blatt 5 und Blatt 15 aufgeführten Gemälden "Pflügender
Bauer" ist weder der Künstlernamen noch die Bildgröße angegeben.

Eine nähere Preisfestsetzung der einzelnen in Verlust geratenen

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer
Aktenzeichen: 1.4.12 - 2 -

Seite 2 zum Gutachten vom
10. Dezember 1958.

An - Oberfinanzdirektion - Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a,
Az.: B 641 - B 1 34/12

Gemälde ist in diesem Falle kaum möglich.

Nach genauer Prüfung der gesamten Akte scheint mir ein Gesamt-
preis für die Zeit vom 1.IV.1956 für alle Bilder (einschließlich
der auf Blatt 14 aufgeführten Nr. 6675) von

DM 350.--

gerechtfertigt zu sein.

Diethrich Roskamp

(Dr. D. Roskamp)

Der Gutachter erklärt, dass die in der Akte befindlichen Gemälde
nicht als solche zu betrachten sind, sondern als Kopien von
Bildern, die in der Akte als solche bezeichnet sind. Der
Preis für die Zeit vom 1.IV.1956 für alle Bilder (einschließlich
der auf Blatt 14 aufgeführten Nr. 6675) von DM 350.--
ist gerechtfertigt zu sein.

Der Kasten der Gemälde ist als solcher zu betrachten und
nicht als Kopie zu betrachten.

Demnach ist der Antrag des Antragstellers abzulehnen.

Das Gericht hat die Akte der Akteur vorgelesen und
Bilder, wobei die Akteur die Akteur in seinen
Bilder, wobei die Akteur die Akteur in seinen
Bilder, wobei die Akteur die Akteur in seinen

Dr. P. Schmidt, Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a
die Akteur der Akteur in seinen

DR. JUR. KURT VERMEHREN
RECHTSANWALT

TEL.-ADR.: STANDPUNKT HAMBURG
POSTSHECK: HAMBURG NR. 41406
BANK: VEREINSBANK IN HAMBURG

HAMBURG 36.
WARBURGSTRASSE 50
FERNRUUF: 44 31 71

am 29. Dezember 1958

An das
Landgericht
- Wiedergutmachungsamt -

Hamburg

in der Rückerstattungssache

Horst Brauer

gegen

Deutsches Reich

- Wik 17/58 -

z 20 157 -2-

kann sich der Antragsteller mit dem Schriftlichen Gutachten des
Kustos Dr. Roskamp vom 10. Dezember nicht einverstanden erklären.
Der Antragsteller schreibt hierzu:

"Der Gutachter stützt sich nur auf Vermutungen, die er auch
noch als nicht wahr unterstellt. Deshalb ist dasselbe wert-
los und zurückzuweisen. Von dem Gemälde "Pflügender Bauer"
weiss er gar nichts. Hier handelt es sich um ein 100 mal
70 cm großes Gemälde mit einem breiten Goldrahmen, welches
kaum für den vom Kustos für alle 5 Bilder eingesetzten
Preis von M 350,-- zu haben sein dürfte, auch wenn es sich
nicht um ganz berühmte Maler handelt. Die "Holländische Bauern-
stube" war ein Übild von der Größe 40 mal 30 cm mit schwar-
zem Rahmen auf Sperrholz gemalt. Es scheint mir, dass für die
Bewussten M 350,-- nicht das Material zu beschaffen ist, und
auch Herr Dr. Roskamp könnte nicht die 5 Bilder dafür wieder
beschaffen. Meine Wohnung war mit guten Möbeln und so auch mit
guten Bildern ausgestattet, die in Berlin bei Kunsthändlern
gekauft worden waren. Wie soll ich nach 19 Jahren noch andere
Unterlagen herbeischaffen können?"

Der Kustos der Kunsthalle dürfte für die fragliche Abschätzung
nicht der richtige Fachmann gewesen sein.

Namens des Antragsgegners wird beantragt

das Gericht wolle mit der Bewertung der infrage stehenden
Bilder, wobei die Detail-Angaben des Antragstellers in seinen
obigen Ausführungen heranzuziehen sind, einen Auktionator
von Kunstgegenständen beauftragen, wie z. B. die Firma

Carl F. Schlüter, Valentinskamp 74 oder
die Kunsthandlung von Commeter (Wilhelm Suhr) Hermannstr. 37

- 2 -

Für den Fall, dass die Kammer eine neue mündliche Verhandlung für erforderlich erachtet, um einen Beschluß im Sinne der vorstehenden Anregung zu fassen, wird hiermit beantragt

die Anberaumung eines möglichst nahen Termins.
Dabei sei nochmals unterstrichen, dass dem Antragsteller an einer beschleunigten Erledigung auf Grund seiner persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr gelegen ist.

gez.: Vermehren Dr.
Rechtsanwalt

Dr.V/Hae.

Für richtige Abschrift

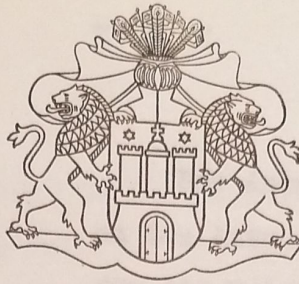
Antragsteller

Antragsgegner

Landgerichte in Hamburg

Landgericht

Landgericht



235 305

Oberfinanzdirektion Hamburg	
BV u. BA	
Az.:	13. JAN. 1959
Eing.:	
Sachgeb.:	

4/1
13. JAN. 1959

K 17/58.

20 157 -2-

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

Beschluß

In der Rückerstattungssache

des Kaufmanns Horst Brauer,
Santiago de Chile, Casilla 3548,

Antragstellers,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt
Dr. Kurt Vermeiren, Hamburg 36,

gegen

kein Rechtsmittel,

v. Hg. d. 24.5

R'aktor aufgedeckt

Dr. 13/59

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch den Bundesminister
für Finanzen, Verfahrensvertreterin Oberfinanz-
direktion Hamburg, Hamburg 13, Hartungstraße 5,
Aktenzeichen: B 648 - UA 2 - BV 32/322,

Antragsgegner,

hat die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts in Hamburg
nach mündlicher Verhandlung durch folgende Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
2. Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,
3. Landgerichtsrat Dr. Millauer

am 30. Dezember 1958 beschlossen:

Compting (Keller)
Der

Der Antragsgegner wird verurteilt,
an den Antragsteller als Schadensersatz
für die Entziehung von Umzugsgut 9.000.--
DM (neuntausend 00/100 Deutsche Mark)
zu zahlen. Die höheren Ansprüche des
Antragstellers werden abgewiesen.

Die Erfüllung des Anspruchs richtet
sich nach dem Bundesrückerstattungsgesetz
vom 19. Juli 1957.

Die Entscheidung ist kostenfrei.
Außergerichtliche Kosten sind nicht zu
erstatten.

G r ü n d e :

Der im Jahre 1897 geborene Antragsteller ist
jüdischer Abstammung und hat am ersten Weltkrieg teil-
genommen. Er hat sich in der Textilbranche ausbilden
lassen und ist vom Jahre 1920 an als Textilvertreter
tätig gewesen. Die Tätigkeit hat er Anfang 1937 wegen
Versagung der Legitimationspapiere aufgeben müssen.

Der Antragsteller hat in der sächsischen Landes-
hauptstadt Dresden gewohnt und von dort aus, etwa zur Zeit
des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges, seine Auswanderung
vorbereitet. Zum Versand in das überseeische Ausland hat
er 9 Kisten durch die Firma Dresdner Fuhrwesen-Gesellschaft
verpacken und nach Hamburg schicken lassen. Eine Rechnung
der Firma vom 27. Oktober 1939, einschließlich Lagerkosten,
über

207
237

über 3.806,60 RM lautend, befindet sich Blatt 15 der Entschädigungsakte Nr. 213 399 des Regierungspräsidenten in Hildesheim. Die von der Kammer eingeholte Bescheinigung der Deutschen Golddiskontbank bestätigt, daß der Antragsteller am 28. August 1939 eine ersatzlose Ausfuhrabgabe von 140.-- RM entrichtet hatte. Der Antragsteller ist nach Kriegsausbruch über Genua ausgewandert und hat auf dem Seetransport wertvolles Gepäck bei einem Schiffsbrand verloren. Sein in Hamburg zurückgebliebenes Umzugsgut ist beschlagnahmt und auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei von dem Auktionator Schlüter in Hamburg am 14. Mai 1941 versteigert worden. Der Erlös hat ohne Berücksichtigung des vom Erwerber zu zahlenden Kaveliⁿgeldes 2.680,70 RM betragen. In weiteren Versteigerungen sind 55.-- RM für den Liftbehälter und 113.-- RM für 4 Bilder erzielt worden. Die abweichende Zahlenangabe in dem Schriftsatz des Vertreters des Antragstellers an die Entschädigungsbehörde vom 25. Juni 1957 beruht auf einem Irrtum, weil auf Seite 2 unter b) dieses Schriftsatzes mit RM 4.906,35 der Betrag erwähnt ist, welchen die Oberfinanzdirektion der Jewish Trust Corporation als Schadenersatz unter Anwendung eines Vervielfältigungsfaktors von $1 \frac{3}{4}$ des Versteigerungserlöses angeboten hatte.

Nach Inkrafttreten des Bundesrückerstattungsgesetzes hat der Antragsteller eine Anmeldung bewirkt und Schadenersatz für sein in Hamburg entzogenes Umzugsgut beansprucht, dessen Wert er auf einen erheblichen Betrag angegeben hat. Er hat sein Vorbringen durch Beibringung

von

von eidesstattlichen Versicherungen von Personen, die ihn in Dresden gekannt hatten, näher darzulegen versucht. Der Antragsgegner hat einer Bemessung des Schadensersatzanspruches auf 6.000.-- DM nicht widersprochen, die höheren Ansprüche jedoch als unbegründet bezeichnet. Die Parteien haben in mehreren Terminen Gelegenheit gehabt, ihre Belange in der mündlichen Verhandlung wahrzunehmen. Durch den Beschluß vom 27. November 1958 ist die Einholung eines Gutachtens des Museumskustos der Hamburger Kunsthalle, Dr. Roskamp, über die Bewertung der Bilder des Antragstellers angeordnet worden, welches von diesem Sachverständigen am 10. Dezember 1958 erstattet worden ist.

Der Grund des auf Artikel 26 Absatz 2 des Gesetzes Nr. 59 gestützten Schadensersatzanspruches ist nicht streitig und unbedenklich zu bejahen. Das Versteigerungsprotokoll ergibt in seiner ersten Position, daß 8 Kisten und 1 Verschlag zur Auktion gebracht worden sind. Die Zahl der Behältnisse stimmt also mit einer sachlich unwesentlichen Abweichung der Bezeichnung des einen von ihnen mit den Angaben in der Rechnung vom 27. Oktober 1939 überein. Der Spediteurrechnung ist eine anlässlich der Auswanderung abgestempelte Umzugsgutliste beigelegt und in einer mit "Zeugnis" überschriebenen Bescheinigung des Stadtpolizeiamtes Dresden vom 19. Oktober 1939 zum Zwecke der zollfreien Einfuhr nach Chile bescheinigt, daß es sich um gebrauchtes Umzugsgut des Antragstellers gehandelt hat, dessen Wert mit ungefähr 4.500.-- RM zu beziffern ist. Der geringe Betrag der sogenannten Dego-

großer

304
239

großer Teil seines Umzugsgutes habe aus neuwertigen Sachen bestanden.

Der Antragsteller hat sich nach dem Inhalt seiner Erklärungen in dem Entschädigungsverfahren in günstigen wirtschaftlichen Lebensumständen befunden, ohne daß ein besonderer Wohlstand ersichtlich ist. Die zum Teil nicht ungünstigen Versteigerungserlöse lassen erkennen, daß sein Umzugsgut brauchbare, zum Teil als wertvoll anzusehende Gegenstände enthalten hat. Die von dem Antragsteller beigebrachten eidesstattlichen Versicherungen von Auskunftspersonen sind so allgemein gehalten, daß ihre Auswertung, insbesondere durch Einholung von Gutachten Sachverständiger, nicht in Betracht gezogen werden kann. Insbesondere ist nicht ersichtlich, ob und welche Teile seiner Einrichtung und Ausstattung sich in den Behältnissen befunden hatten, die bei einem Schiffsbrande vernichtet worden sind und für welche ein Schadensausgleich in dem anhängigen Verfahren nicht beansprucht werden kann. Die Wiedergutmachungskammer hat dem Antragsteller gemäß § 16 des Bundesrückerstattungsgesetzes den inländischen Wiederbeschaffungswert zuzusprechen, der am 1. April 1956 aufzuwenden gewesen wäre; der Zustand der entzogenen Sachen im Zeitpunkte der Entziehung ist zu berücksichtigen. Für die Wiedergutmachungskammer sind daher die Preisangaben, die der Antragsteller in ausländischer Währung gemacht hat, unbeachtlich, da er weder Dollarwerte zu beanspruchen hat noch verlangen kann, daß die Wiedergutmachungskammer den starken Schwankungen unterliegenden Kurs des chilenischen

Pesos

310
240

Pesos zugrunde legt. *... von der Kammer gebilligt worden.*

Der Antragsteller hatte nach seiner Erklärung im Entschädigungsverfahren vom 28. August 1957 im Jahre 1924 geheiratet und zu dieser Zeit in Dresden eine Wohnung eingerichtet. Hiernach kann angenommen werden, daß ein Teil seines Mobiliars und seiner Ausstattung sich 14 bis 15 Jahre lang in Benutzung befunden hat, so daß eine ziemlich erhebliche Wertminderung unvermeidlich gewesen ist. Ob die Neuanschaffungen des Antragstellers den von ihm behaupteten Umfang gehabt haben, ist zweifelhaft, weil die ihm von der Dresdener Polizeiverwaltung anlässlich der Auswanderung erteilte Bescheinigung das Gegenteil besagt und weil die von ihm entrichtete Degoabgabe auf einen geringen Betrag bemessen worden ist. Die Wiedergutmachungskammer kann jedoch unterstellen, daß es dem Antragsteller, wie vielen Auswanderern, gelungen ist, eine geringe Bemessung der Degoabgabe durch Handlungen zu erlangen, welche bei der durch die erzwungene Auswanderung entstandenen Notlage verständlich und entschuldbar sind. Mangels hinreichender Bezeichnung von nachprüfbaren Bewertungsmerkmalen, insbesondere über den Erhaltungszustand des größten Teils der Einrichtung, hat die Wiedergutmachungskammer von Einholung einer Taxe über den Wiederbeschaffungswert abgesehen. Das erhaltengebliebene Versteigerungsprotokoll und die anlässlich der Auswanderung vorgenommene Schätzung des Wertes auf 4.500.-- RM ermöglichen eine Entscheidung. In den Entscheidungen des Hanseatischen Oberlandesgerichts 5 WIS 65/56 und 89/56 *... in Auslande aufgebracht ist, weist zahlreiche* ist

311
241

ist ein solches Verfahren der Kammer gebilligt worden.

Die Durchsicht des Versteigerungsprotokolls ergibt, daß die Erlöse, insgesamt 18 Positionen, auffällig gering sind, nämlich die Nummern 6616, 6618, 6623, 6635, 6638, 6647, 6648, 6654, 6655, 6662, 6664, 6665, 6677, 6694, 6697, 6703, 6711 und 6714. Die bei Durchsicht zahlreicher Versteigerungsprotokolle erlangte Erfahrung, daß Wünsche, Bekleidung, Porzellane und Glassachen in Auktionen, welche stattgefunden haben bevor größere Bombenangriffe ^{eine} Versteigerung der Nachfrage zur Folge hatten, bestätigt sich auch im Einzelfalle. Diesen unzulänglichen Erlösen stehen andere gegenüber, die als günstig anzusehen sind, so zum Beispiel der Erlös eines gebrauchten Teppichs mittlerer Größe mit 220.-- RM, eines Eisschranks mit 180.-- RM und schließlich des Zimmers mit 525.-- RM, von welchem der Antragsteller ein Lichtbild beigebracht hat. Das Lichtbild läßt erkennen, daß das Zimmer aus gutem Gebrauchsmobiliar bestanden hat, aber keineswegs von besonderem Werte gewesen ist, und daß der von dem Antragsteller eingesetzte Wert von 1.800.-- RM als Zeitwert reichlich ist. Die Kammer ist auf Grund eigener Sachkunde in der Lage, den Neuwert der Stühle mit je 50.-- RM, des Tisches mit 150.-- bis 200.-- RM und des kombinierten Schrankes auf 5 bis 600.-- RM, allenfalls 750.-- RM festzulegen, so daß auch unter Berücksichtigung der Preiserhöhung der DM-Wert hinter den Behauptungen des Antragstellers nicht unwesentlich zurückbleibt. Die von ihm mit Schriftsatz vom 3. Januar 1958 beigebrachte Liste, die auf Erkundigungen im Auslande aufgebaut ist, weist zahlreiche

offensichtliche

342
242

offensichtliche Fehler auf. Ein 4bändiges Konversationslexikon, das vor mehr als 20 Jahren erschienen ist, kann keinen Wert von 200.-- DM haben. Ein Teppich mittlerer Größe, über dessen Beschaffenheit und Erhaltungszustand Angaben fehlen, kostet viel weniger als 1.600.-- DM. Ein Eisschrank, dessen Volumen nicht angegeben ist, kann in der Bundesrepublik für einen geringeren Betrag als 750.-- DM gekauft werden. Ein Tablett mit Mokkatassen, Vasen und Porzellankörbchen könnte nur auf Grund genauester Beschreibung und Nachweises der Herkunft mit 400.-- DM bewertet werden. Ein Kaffee-Service für 12 Personen ist in guter Beschaffenheit neu für einen wesentlich geringeren Betrag käuflich als 500.-- DM. Besonders deutlich ist die Überbewertung des Antragstellers bei den Gemälden erkennbar, die der Sachverständige nur auf etwa 1/5 des von dem Antragsteller angegebenen Betrages geschätzt hat.

Die im Schriftsatz vom 29. Dezember 1958 enthaltenen Bemängelungen sind unbeauftragt, weil Bilder mittleren Formats heute ohne hohen Geldaufwand häufiglich sind.

Die Kammer hält eine Vervielfachung des Versteigerungserlöses mit dem Faktor 3 für einen angemessenen Schadensausgleich und berücksichtigt zugunsten des Antragstellers, daß die Empfänger des Zuschlages bei Abgabe ihrer Gebote das von ihnen zu entrichtende Kaveli^ggeld berücksichtigt haben, dessen Höhe aus dem Versteigerungsprotokoll nicht erkennbar ist. Bei einem Erlöse von etwas mehr als 3.000.-- RM sind dem Antragsteller hiernach 9.000.-- DM zugesprochen worden. In dieser Bemessung des Anspruchs ist, soweit es überhaupt geschehen kann, ein angemessener Ausgleich von günstigen und ungünstigen Erlösen erreicht; die Richtigkeit der Schätzung kann wegen

des

343
243

des Verlustes und der Unauffindbarkeit der Habe des Antragstellers, zumal für den größten Teil keine nachprüfbaren Bewertungsmerkmale bezeichnet sind, durch weitere, den Abschluß des Verfahrens zum Nachteile des Antragstellers verzögernde Erhebungen nicht gewährleistet werden. Die Wiedergutmachungskammer kann weiterhin berücksichtigen, daß dem Antragsteller das Doppelte des Nennbetrages der im Jahre 1939 abgegebenen Auswanderungsteuer zugesprochen wird, die vorsichtig bemessen gewesen sein mag, sich aber nicht auf einen geringen Bruchteil des Zeitwertes belaufen konnte. Wie aus Gutachten mehrerer erfahrener Sachverständiger bekannt geworden ist, ist nach Normalisierung der Wirtschaftslage der Preis gebrauchter Gegenstände, auch wenn sie nicht auf Grund der technischen Entwicklung veraltet sind, nicht annähernd gemäß dem Index neuer Gegenstände gestiegen.

Aus diesen Erwägungen hat dem Antragsteller ein höherer Schadensersatzanspruch nicht zugebilligt werden können, so daß die über 9.000.-- DM hinausgehenden Ansprüche abzuweisen waren. Der Antragsteller muß die Beschränkungen hinnehmen, die das Bundesrückerstattungsgesetz zwecks Gewährleistung gleichmäßiger Befriedigung der durch Verfolgung Geschädigten festlegt. Daher war die Anordnung vorläufiger Vollstreckbarkeit unzulässig. Zu einer Kostenentscheidung hat keine Veranlassung vorgelegen.

Dr. Roscher

Dr. Warnbrunn

Dr. Millauer.



Für richtige Ausfertigung:

[Signature] Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg, den 11. Februar 1960.

1. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen: 1 WiK 32/60

Z. 20 157 -3-

Öffentliche Sitzung

15. FEB. 1960

44 17. FEB. 1960

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

Landgerichtsdirektor Bergmann

als Vorsitzender

Landgerichtsrat Molsberger,

Assessor Schmidt

des Herrn Horst Brauer,

Santiago de Chile,

Antragstellers,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. jur. Kurt Vermehren, Hamburg 36, Neuer Wall 38 II.,

als Beisitzer.

gegen

JA. Otto

als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle.

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister
der Finanzen, Verfahrensvertreterin
Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 13, Hafvestehuder Weg 14,
- B. 648 - BV 32/322 -,

in 3

Antragsgegner,

erscheinen bei Aufruf

für Antragsteller u. RA. Dr. Vermehren:
RA. Urbach

für Antragsgegner: Reg. Ass. Sarfert.

Auf dringendes Anraten des Gerichts erklärt der Vertreter des Antragstellers: Ich nehme den in diesem Verfahren geltend gemachten Anspruch zurück.

Vorgelesen und genehmigt.

Bergmann

Otto

1/ bei Eintrag in Grundbuch
2/ Vollst.
3/ Prozesskosten lt. H. Nr. 29.2.60
4/ Kostenliste lt. H. Nr. 13/60
5/ Zdr. 463
26.2. 232. 3 360